Die ehrlichen Steuerzahler sind die Verlierer

Beim Bund sind fast alle Helden der Arbeit
SonntagsZeitung vom 15. 12. 2019

Den Beitrag über den Lohnmechanismus beim Bund habe ich mit grossem Interesse und Kopfschütteln gelesen. Als langjähriger Personalfachmann hatte ich auch mit diesem Problem zu kämpfen, weil gewisse Vorgesetzte die Mitarbeiter zu gut qualifizierten, um sich besser zu verkaufen. Es ist schlicht ein Ding der Unmöglichkeit, dass alle Mitarbeiter jedes Jahr noch leistungsfähiger und zufriedener werden. Insbesondere, da die Staatsangestellten praktisch unkündbar sind. Die ehrlichen Steuerzahler sind die Verlierer, wenn dieses traurige Spiel unkontrolliert weitergeht.

Hans-Ulrich Wanzenried, Zürich

Die Löhne aller Beamten steigen jedes Jahr, ohne dass diese viel dazutun. Ich als Steuerzahlerin und AHV-Bezügerin erhalte keine Lohnaufwertung, obwohl das Leben jeden Tag teurer wird und meine kleine Rente überhaupt nicht zum Leben reicht. Sind wir kleinen Steuerzahler die Geprellten?

Susanna Geser, Biel BE

Im Jahre 2018 betrug der durchschnittliche Bruttolohn in der Bundesverwaltung 122 214 Franken. Noch höher lag er bei den Parlamentsdiensten (139 130 Franken), bei den eidgenössischen Gerichten und bei der Bundesanwaltschaft (144 630 Franken). Das sind hohe Löhne. Sie sind darauf zurückzuführen, dass der Bund immer mehr hoch qualifizierte Personen beschäftigt. Beim Bund verfügen 12 000 Personen über einen universitären Abschluss oder eine Fachhochschulausbildung. Dies entspricht einem Drittel aller Mitarbeitenden. Eine höhere Berufsbildung haben 3500 Personen absolviert. In den Lohnklassen 24 bis 38 verfügen 8200 Personen über einen universitären Abschluss oder eine Fachhochschulausbildung. Dies sind knapp 77 Prozent aller Führungskader. Welcher Arbeitgeber in der Schweiz verfügt über Personal mit einem vergleichbaren Qualifikationsniveau? Zum Lohnvergleich mit der Privatwirtschaft stellte der Bundesrat im Februar 2017 fest: «Einzig die Gesamtvergütung der Mitarbeitenden in den tieferen Lohnklassen liegt über derjenigen der Privatwirtschaft. Ab dem mittleren Kader zahlt die Bundesverwaltung tiefere Medianlöhne als vergleichbare Unternehmen in der Privatwirtschaft. Die Unterschiede akzentuieren sich beim höheren Kader und Topkader. Die von der Bundesverwaltung bezahlten Medianlöhne auf diesen Funktionsebenen erreichen das Marktniveau nicht.»

Christian Furrer, Herrenschwanden BE

«Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus», fährt mir durch den Kopf, wenn ich lese: «Beamte geben sich Bestnoten und Lohnerhöhung.» Ich frage mich schon lange, wer eigentlich im Bundeshaus die Zügel noch – mindestens ein wenig – in den Händen hat. Nicht nur ist die Zahl der Bundesangestellten mit aktuell 38 223 exorbitant, die Leute werden zudem quasi auch noch vergoldet. Und die Kosten darf dann die arbeitende Bevölkerung – nebst der Last der zunehmenden Steuern und Abgaben – tragen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon ZH

An den Absichten der Bürgerlichen vorbei

Die Grünen wollen trotz Nichtwahl mitregieren
SonntagsZeitung vom 15. 12. 2019

Was immer über das taktische Vorgehen der Grünen zur Bundesratswahl im Nachhinein empfohlen worden ist, geht völlig an den wahren Absichten der bürgerlichen Bundesratsparteien vorbei. Erst wunderten sich die Angehörigen dieser Parteien, weshalb die Grünen nicht früher ihre Kandidatur angemeldet hätten. Noch mehr hätten wohl die Grünen irritiert, wenn sie gar nicht angetreten wären. Als dann aber die Kandidatur Rytz feststand, hiess es, Frau Rytz sei vorgeprescht. Dann wieder wurde von den Grünen erwartet, dass sie eine Mehrfachkandidatur hätten aufstellen sollen. Man mache sich doch nichts vor: Keine dieser Bedingungen hätte dazu geführt, dass den Grünen der Einzug in den Bundesrat gewährt worden wäre. Eine Mehrfachkandidatur hätte nur bewirkt, dass gleich alle noch so qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber an diesem denkwürdigen Wahltag verheizt worden wären. Niemand hat die politischen, fachlichen und menschlichen Qualitäten von Regula Rytz jemals bestritten, aber der Machterhalt der Bundesratsparteien, die alle als Verlierer aus den Parlamentswahlen hervorgegangen waren, musste zwingend zu dieser Niederlage führen.

Peter Schmid, Frauenfeld TG

Herr Nationalrat Balthasar Glättli, sind Sie sich bewusst, was Sie sich und uns Bürgerinnen und Bürgern antun mit Ihren Zwängereien bezüglich Ihres Anspruchs, in den Bundesrat zu wollen? Ich persönlich kann Ihre Zwängereien aus nachfolgend erwähnten Gründen kaum nachvollziehen: Um im Bundesrat seine Qualitäten zu beweisen, braucht es weit mehr, als das momentan aktuelle Thema Klimaschutz zu bewirtschaften. Es gibt brennendere Themen, aber auch aktuellere und brisantere Probleme zu lösen. Hier ein paar Beispiele: Jugendkriminalität, Asylwesen, Aufnahme von neuen Flüchtlingen, Personenfreizügigkeit, Altersarmut, AHV, Renten. Alle von mir aufgezählten – und viele weitere – Themen werden im Gesamtbundesrat behandelt. Wären die Grünen bereit und fühlten sie sich verpflichtet, mit dem Bundesrat gemeinsame Ziele zu erarbeiten? Unterstützen sie das Kollegialprinzip aus vollster Überzeugung? Ist eine Zusammenarbeit mit allen Regierungsparteien möglich? Gibt es das Wort Kompromissbereitschaft auch bei den Grünen? Persönlich halte ich es für gewinnbringender, wenn die Grünen noch bis zur nächsten Bundesratswahl mit ihren Ansprüchen warten und zuerst einmal zeigen, wie sich ihr Verhalten im Nationalrat so umsetzen lässt.

Bruno Nauer, Winterthur

Die Pelzkäufer verdrängen es bewusst

Dem Pelz geht es an den Kragen
SonntagsZeitung vom 15. 12. 2019

Erfreulich, endlich tut sich etwas, und Pelzimporte aus Qualzuchten sollen verboten werden. Nach wie vor sind viele Pelzprodukte in der Schweiz falsch oder nicht deklariert. Und selbst wenn, anscheinend interessiert das die vielen, oft auch jungen Frauen und Männer nicht, die diese wuchtigen Pelzkrägen an ihren Jacken tragen und so die Tierquälerei unterstützen. In der heutigen Zeit kann niemand mehr sagen, er wisse nicht, wie Pelztiere in Kleinstkäfigen gehalten und schlussendlich brutal getötet werden. Zu viel wird darüber berichtet, aber die Pelzkäufer verdrängen es bewusst und nehmen es in Kauf. Es gibt daher nur eine Lösung, und das ist ein komplettes Importverbot von Pelz.

Christoph Maurer, Zürich

Viel zu oft süchtig machende Benzodiazepine

«Es gibt Leute, die sich vor Angst kaum noch aus dem Haus wagen»
SonntagsZeitung vom 15. 12. 2019

Ich befürchte, die Zahl von 800 000 Menschen, die in der Schweiz unter Angst leiden sollen, ist viel zu klein bemessen. Lassen wir die wirklich krankheitsbedingten Depressionen einmal weg, so bleiben noch unzählige andere Gründe, die uns Angst machen. Die ärgsten sind Mobbing jeglicher Art, die eigentlich katastrophale Weltlage und andere Widrigkeiten, die durch irgendein körperliches oder geistiges Manko bedingt sind (zum Beispiel Fettleibigkeit, die heute ja gang und gäbe ist, es sind ja mehr Menschen viel zu dick als normalgewichtig). Und nicht zuletzt die Abhängigkeit vom Handy, die inzwischen krankhafte Formen angenommen hat. Dieses Unding entzieht die Leute ihrer Umwelt und schürt damit Ängste. Die Folge davon ist Einsamkeit. Wir leben in einer Zeit, die es der Angst leicht macht, sich im Hirn einzunisten. Da helfen oft weder Psychiater noch Psychologen. Man kann sich nur selber helfen, aber das braucht grosse mentale Kraft, die dann oft andernorts fehlt. Ein Teufelskreis.

Hanspeter Schmutz, Basel

Warum wird beim «Zivilstand» von Dr. med. Joe Hättenschwiler vermerkt, dass er mit FDP-Präsidentin Petra Grössi liiert ist? Ich brauche das nicht zu wissen, es steht auch in keinem Zusammenhang zum Inhalt des Artikels. Ich habe diese Formulierung schon öfters gelesen und verstehe den Sinn nicht. Vor allem bei Frauen. Soll es dann bedeuten: Seht her, sie hat einen interessanten Mann an ihrer Seite?

Marina Zingg, Zürich

Das Interview mit Dr. Joe Hättenschwiler bespricht Behandlungsmöglichkeiten bei Angststörungen. Diese stellen in der Schweiz mit aktuell 800 000 Personen die häufigsten psychischen Störungen mit hohem Leidensdruck und immensen psychosozialen Folgekosten dar. Wie in den internationalen Richtlinien unumstritten dokumentiert, wird von Herrn Hättenschwiler folgender Behandlungsplan gefordert: «Spricht der Betroffene auf eine Psychotherapie nicht an, führt oft eine Kombination mit Antidepressiva, die eine gute angstlösende Wirkung haben, zur Besserung.» Dieser empirisch-gestützte Behandlungsplan entspricht jedoch in keiner Weise der heutigen Behandlungsrealität in der Schweiz. Es werden nach wie vor für Angststörungen viel zu oft süchtig machende Benzodiazepine verschrieben. Weiter wird die aufwendige medikamentöse Behandlung mit Antidepressiva schon vor der Psychotherapie massenhaft eingesetzt. Der aktuell vorliegende Vorschlag zur Einführung des Anordnungsmodells für Psychotherapie bietet einen niedrigschwelligen Zugang zu professioneller Psychotherapie.

Prof. Dr. Simone Munsch, Klinische Psychologie und Psychotherapie, Uni Freiburg
PD. Dr. Eva Heim, Psychopathologie und Klinische Interventionen, Uni Zürich
Prof. Dr. Martin grosse Holtforth, Klinische Psychologie und Psychotherapie, Uni Bern
Prof. Dr. Christoph Flückiger, Allgemeine Interventionspsychologie, Uni Zürich

Der Betrag von 2 Milliarden ist lächerlich

Wie Banken mit Negativzinsen 3 Milliarden verdienten
SonntagsZeitung vom 15. 12. 2019

Bereits seit über einem Jahrzehnt herrscht der Eindruck, dass die Weltwirtschaft stottert und das Wachstum nicht vom Fleck kommt. Mit der Absicht, die Konjunktur und die Inflation anzukurbeln, wird vielerorts eine expansive Geldpolitik geübt. Tiefe bis negative Leitzinsen sollen dazu animieren, in die Wirtschaft zu investieren, statt Geld zu horten. Durch Quantitative Easing werden die Märkte zudem über die Banken mit neu geschaffenem Geld geflutet. Die Einsicht, dass dies alles wenig genutzt hat, führte zu einer gewissen Ratlosigkeit. Die Frage, wo denn all das Geld geblieben sei, wird aber kaum gestellt. In der Schweiz beschweren sich die KMU, dass sie für neue Projekte keine Kredite erhalten. Den Anlegern dagegen sagen die Banken, sie müssten die Mittel bei der Nationalbank hinterlegen und dafür Negativzinsen bezahlen. Im Gegenzug beziehen sie subventioniertes Geld, investieren es aber bevorzugt im Immobilienmarkt oder spielen damit an der Börse. Die grosse Nachfrage nach Aktien und Immobilien in urbaner Umgebung lässt die Preise steigen, womit sich die Bilanzen der Banken offensichtlich gut aufpolieren lassen. Statt die gesamte Wirtschaft werden also mit dem billigen Geld vornehmlich die Banken gefördert, wobei die steigende Börse vordergründig eine gut gehende Wirtschaft suggeriert. Negativzinsen sind zwar aus der Sicht unserer Nationalbank nachvollziehbar zur Bekämpfung der Frankenstärke, für die Wirtschaft aber stellen sie so wie die Aufblähung der Geldmenge eine Scheinlösung dar, welche lokale Blasen im Liegenschaftenmarkt fördert und zu Buchgewinnen an der Börse führt, ohne dass diese substanziell gedeckt wären. Da der Konsum weitgehend gesättigt ist, verfehlen sie das Ziel eines Incentives zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Emil Roduner, Zürich

Es ist erfreulich, dass der Vorschlag, Finanzspritzen der Nationalbank der AHV zukommen zu lassen, immer mehr Unterstützer findet. Allerdings ist der Betrag von 2 Milliarden lächerlich. Die SNB hat allein in den ersten neun Monaten 51,5 Milliarden Gewinn gemacht. Dagegen haben Negativzinsen den Sparern, Pensionskassen und Konsumenten heftig zugesetzt. Das Geld an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben, ist deshalb fair. 10 Milliarden für die AHV fordert eine Petition, die am 5. Dezember von einem unparteiischen Bürgerkomitee eingereicht wurde. Das Geld kann einfach der Gewinnausschüttungsreserve der SNB entnommen werden. Die Unabhängigkeit der Nationalbank bleibt so gewahrt, da laut Nationalbankgesetz der SNB-Reingewinn ausgeschüttet werden muss. Zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone und zu einem Drittel an den Bund. Den Kantonsanteil könnte man in gleicher Höhe belassen, den Bundesanteil um die 10 Milliarden zweckgebunden erhöhen und dann dem AHV-Ausgleichsfonds zuteilen. Im Gegensatz zu Initiativen, die erst nach Jahren umgesetzt werden, ist diese Lösung einfach und kann vom Finanzdepartement und der SNB sofort noch dieses Jahr umgesetzt werden – ohne das Rentenalter zu erhöhen, ohne höhere Lohnabzüge und ohne Mehrwertsteuererhöhung. Gibt es einen tolleren Start ins neue Jahr?

Inge Hess, Oberengstringen ZH

Die Nationalbank hat in den letzten Jahren ein Eigenkapital von über 160 Milliarden Franken angehäuft. Und bis Ende Jahr wird sie 8,7 Milliarden Franken an Negativzinsen eingenommen haben, Jahr für Jahr im Minimum 2 Milliarden. Pensionskassen und die AHV machen die Faust im Sack. Das Parlament hat es bisher abgelehnt, die Nationalbank zu verpflichten, einen Teil der Einnahmen, die sie wegen der Negativzinsen einnimmt, der AHV zukommen zu lassen. Natürlich ist es sinnvoll, die Unabhängigkeit der SNB nicht infrage zu stellen. Aber solange sie den Bankkunden Milliarden abknöpft und die Vorsorgeinstitutionen dadurch kaum mehr eine Rendite erzielen können, sollte ein Teil des «geklauten» Geldes, mindestens 2 Milliarden Franken pro Jahr, der AHV zugutekommen. Dass sich linke und rechte Parlamentarier dafür einsetzen, zeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Die Mitte sollte über den eigenen Schatten springen und damit einen Beitrag zur Sanierung der Altersvorsorge ermöglichen.

Heinrich Zihlmann, Rapperswil-Jona SG

Ein authentisches Naturprodukt erster Güte

O Plastikbaum, o Plastikbaum
SonntagsZeitung vom 8. 12. 2019

«Trinkwasser macht zwar nur 0,2 Prozent unserer Umweltbelastung aus, aber nirgends lässt es sich bequemer sparen als hier: Wasserhahn auf, Karaffe füllen und fertig. Mineralwasser zu kaufen, ist – man kann es nicht besinnlich sagen – völlig idiotisch.» Grundsätzlich erachten wir es als sinnvoll, nach Lösungen für einen nachhaltigen Lebensstil zu suchen. Das Thema Nachhaltigkeit betrifft uns schliesslich alle. Umso wichtiger finden wir es, dass in dieser Hinsicht korrekt und sachlich argumentiert wird. Ihre Aussage, wonach es «idiotisch» sei, Mineralwasser zu kaufen, erstaunt uns daher. «Natürliches Mineralwasser» hat hohe Qualitätsansprüche zu erfüllen, die in der Getränkeverordnung geregelt sind. Insbesondere muss es am Ort der Quelle und naturbelassen abgefüllt werden. Es darf also weder behandelt noch mit chemischen Zusätzen versehen werden. Dies ganz im Gegensatz zu Leitungswasser, welches vielfach chemisch oder physikalisch aufbereitet werden muss. Zudem zeichnet sich natürliches Mineralwasser durch die Art und Menge seiner Mineralien aus. Jedes natürliche Mineralwasser weist somit seine eigene «DNA» auf, die sich auch auf den Geschmack auswirkt. Konsumentinnen und Konsumenten von natürlichem Mineralwasser wissen dadurch immer, was sie trinken: ein authentisches Naturprodukt erster Güte. Die gesetzlich definierten Qualitätsanforderungen verursachen bei natürlichem Mineralwasser einen Mehraufwand bezüglich Verpackung und Transport. Allerdings sieht die Ökobilanz bei jedem verpackten Lebensmittel ohnehin anders aus als bei «unverpacktem» Leitungswasser. Aus diesen Gründen lässt sich natürliches Mineralwasser nicht mit Leitungswasser vergleichen. Man vergleicht ja auch nicht Äpfel mit Birnen.

David Arnold, Leiter Kommunikation, Verband Schweizerischer Mineralquellen und Soft-Drink-Produzenten (SMS), Zürich

Schreiben Sie uns

Leserbriefe werden nur mit vollständiger Absenderadresse (auch via E-Mail) akzeptiert.
Bitte an folgende Adressen:
SonntagsZeitung,
Leserseite, Postfach, 8021 Zürich
(Fax 044 248 47 48) oder
leserseite@sonntagszeitung.ch.
Aus Platzgründen erlauben wir uns, eingehende Leserbriefe online zu veröffentlichen.
Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen.
Korrespondenz darüber wird keine geführt.
Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch, 12 Uhr. Leserbriefe müssen sich auf Artikel beziehen.
Folgen Sie uns:

facebook.com/sonntagszeitung
instagram.com/sonntagszeitung.ch
twitter.com/sonntagszeitung

Impressum

www.sonntagszeitung.ch
Herausgeberin: Tamedia AG, Zürich
Verleger: Pietro Supino

Redaktion

Chefredaktor: Arthur Rutishauser
Mitglied der Chefredaktion: Armin Müller
Redaktionsleitung: Andreas Kunz, Thomas Speich
Leitung der Tamedia Editorial Services: Viviane Joyce

Publishing Services: Dominic Geisseler (Leitung)
Nachrichten/Fokus: Andreas Kunz, Thomas Speich (Co-Leitung)
Textchef: Rico Bandle
Recherche-Desk (SonntagsZeitung, Le Matin Dimanche): Thomas Knellwolf, Oliver Zihlmann (Co-Leitung)
Bundeshaus: Denis von Burg (Leitung)
Wirtschaft: Peter Burkhardt (Leitung)
Gesellschaft: Bettina Weber (Leitung)
Wissen: Nik Walter (Leitung)
Kultur: Guido Kalberer (Leitung)
Services: Giuseppe Wüest (Leitung), Christoph Ammann (Leitung Reisen), Dieter Liechti (Auto)
Produktion: Raphael Diethelm (Leitung)
Layout: Andrea Müller (Leitung Layout TES), Tobias Gaberthuel (Stv. Leitung, AD SonntagsZeitung)
Infografik: Jürg Candrian
Fotoredaktion: Olaf Hille (Leitung)
Korrektur: Rita Frommenwiler (Leitung)
Sportredaktion: Ueli Kägi (Sportchef)
Redaktion: 044 248 40 40

Verlag

SonntagsZeitung, Verlag, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 41 11,
Fax 044 248 42 72,
verlag@sonntagszeitung.ch
Leitung Verlag: Marcel Tappeiner
Tamedia Advertising: Philipp Mankowski (Chief Sales Officer), Adriano Valeri (Head of Advertising)
Anzeigen: SonntagsZeitung, Anzeigenadministration, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 40 11,
Fax 044 248 42 52,
anzeigen@sonntagszeitung.ch
Abo-Service
Tamedia AG, Abo-Service SonntagsZeitung, Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 404 64 40,
Fax 044 404 69 06,
abo-service@sonntagszeitung.ch
(Mo–Fr 8.00–12.00 und 13.15–17.00)
Abonnemente:
Einzelnummer Fr. 5.–
1 Jahr Fr. 224.– (52 Ausgaben)
Weitere Abo-Angebote auf abo.sonntagszeitung.ch
Digital-Einzelnummer Fr. 3.–
Digital 1 Jahr Fr. 120.– (52 Ausgaben)
Technische Herstellung
DZZ Druckzentrum, Zürich AG
Ombudsmann der Tamedia
Ignaz Staub, Postfach 837, CH-6330 Cham 1,
ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Neben den klassischen Formen von Werbung erscheinen in den Medien von Tamedia zwei Formen von Inhaltswerbung:
Paid Post: Im Zentrum steht in der Regel das Produkt oder die Dienstleistung des Werbekunden. Die Erscheinungsform hebt sich vom Layout des Trägertitels ab. Diese Werbemittel sind mit «Paid Post» gekennzeichnet.
Sponsored: Der Inhalt orientiert sich in der Regel an einem Thema, das in einer Beziehung zum Produkt oder zur Dienstleistung des Werbekunden steht und journalistisch aufbereitet wird. Dieses so genannte Native Advertising ist mit dem Layout des Trägertitels identisch und wird mit «Sponsored» gekennzeichnet.

Beide Werbeformen werden vom Team Commercial Publishing hergestellt. Die Mitarbeit von Mitgliedern der Tamedia-Redaktionen ist ausgeschlossen. Weitere Sonderwerbeformen oder Formen der Zusammenarbeit mit Kunden, etwa im Bereich Reisen oder Auto, werden gesondert ausgewiesen.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia AG i.S.v. Art. 322 StGB: Actua Immobilier SA, Adagent AG, autoricardo AG, 20 minuti Ticino SA, Adextra AG, Basler Zeitung AG, Berner Oberland Medien AG BOM, BOOK A TIGER Switzerland AG, CIL Centre d'Impression Lausanne SA, DJ Digitale Medien GmbH, Doodle AG, Doodle Deutschland GmbH, dreifive AG, Konstanz, dreifive GmbH, Wien, dreifive (Switzerland) AG, DZB Druckzentrum Bern AG, DZZ Druckzentrum Zürich AG, Edita S.A., Goldbach Audience Austria GmbH, Goldbach Audience (Switzerland) AG, Goldbach Austria GmbH, Goldbach Digital Services AG, Goldbach DooH (Germany) GmbH, Goldbach Germany GmbH, Goldbach Group AG, Goldbach Management AG, Goldbach Media Austria GmbH, Goldbach Media (Switzerland) AG, Goldbach SmartTV GmbH, Goldbach TV (Germany) GmbH, Goldbach Video GmbH, Homegate AG, ImmoStreet.ch S.A., Jaduda GmbH, JobCloud AG, Jobsuchmaschine AG, Jointvision E-Services GmbH, LC Lausanne-cités S.A., Meekan Solutions Ltd., MetroXpress Denmark A/S, Neo Advertising AG, Olmero AG, ricardo.ch AG, ricardo France Sàrl, Schaer Thun AG, Société de Publications Nouvelles SPN SA, Starticket AG, swiss radioworld AG, Tamedia Espace AG, Tamedia Publications romandes SA, Trendsales ApS, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Zürcher Oberland Medien AG, Zürcher Regionalzeitungen AG

Eine Marke von Tamedia